

Der laufende Aufstand im Iran im Belagerungszustand durch innere und äußere Feinde

Roja Kollektiv- Paris

1.

Iran brennt seit dem 28. Dezember 2025 erneut in den Flammen weitreichender Volksproteste. Die Rufe „Tod dem Diktator“ und „Tod Khameneis“ hallen in mindestens 222 Punkten in 78 Städten aus 26 Provinzen nicht nur gegen Armut, Teuerung, Inflation und Enteignung wider, sondern gegen das gesamte politische System, das bis ins Mark verrotten ist. Das Leben ist für die Mehrheit, insbesondere für die Arbeiterklasse, Frauen, Queers und ethnische Minderheiten, untragbar geworden. Der wirtschaftliche Schock durch den freien Fall des Rial, besonders nach dem zwölfjährigen Krieg, in Verbindung mit Störungen bei der Bereitstellung grundlegender sozialer Dienstleistungen wie wiederkehrenden Stromausfällen, der tiefen Umweltkrise (Luftverschmutzung, Dürre, Abholzung und Missmanagement der Wasserressourcen) sowie umfangreichen Hinrichtungen (mindestens 2.063 Personen im Jahr 2025) verschärft die Lage und hat ein Gefühl von „biologischem Tod“ in der Gesellschaft verbreitet. Die Krise der sozialen Reproduktion bildet den Dreh- und Angelpunkt der aktuellen Proteste, deren ultimatives Ziel die Rückeroberung des Lebens ist.

Dieser Aufstand ist die fünfte Welle in der Reihe von Protesten, die im Dey 1396 (Dezember 2017) begann und im Aban 1398 (November 2019) sowie im „Jina, Jijan, Azadi“-Aufstand 1401 (2022) ihren Höhepunkt erreichte. Während der Dey 1396 als „Brotaufstand“ bekannt wurde und der Aban 1398 den Ausbruch öffentlichen Zorns gegen Benzinpreiserhöhungen und Ungerechtigkeit symbolisierte, wurde der Aufstand 1400 als „Aufstand der Durstigen“ bezeichnet. Der revolutionäre Jina-Aufstand 1401 eröffnete durch die emanzipatorischen Kämpfe der Frauen und die antiimperialistischen Kämpfe unterdrückter Völker wie Kurden und Belutschen neue Perspektiven; der Dey 1404-Aufstand markiert die Rückkehr der Krise der sozialen Reproduktion, diesmal jedoch auf einer radikaleren und postkrieglichen Grundlage. Die Proteste beginnen mit wirtschaftlichen Forderungen, richten sich jedoch mit bemerkenswerter Geschwindigkeit gegen die Machtstruktur und die korrupte Oligarchie der Herrschenden.

2.

Die aktuellen Proteste im Iran sind von allen Seiten von inneren und äußeren Bedrohungen umzingelt. Nur einen Tag vor dem imperialistischen Überfall der USA auf Venezuela warnte Donald Trump, unter dem Deckmantel „Unterstützung der protestierenden Bevölkerung“: „Wenn der Iran die Tötung von Demonstrierenden fortsetzt, wird die Vereinigten Staaten eingreifen, um sie zu retten.“ Dies ist die vertraute Sprache des Imperialismus, der seine militärischen Interventionen stets unter dem Vorwand der „Rettung“ rechtfertigt, sei es im Irak oder in Libyen. Auch heute setzt die USA denselben Kurs fort: Allein im Jahr 2025 wurden sieben Länder direkt militärisch angegriffen.

Israel, zuvor als Völkermörder aktiv und verantwortlich für den zwölfjährigen Angriff, schreibt diesmal auf Persisch in den sozialen Netzwerken: „Wir sind mit euch, den

Demonstrierenden.“ Die Monarchist*innen als lokale Handlanger des Zionismus, die während des jüngsten Krieges durch Unterstützung Israels Schande und schlechten Ruf auf sich geladen haben, versuchen nun, sich durch selektive Darstellung und Manipulation der Realität als einzige Alternative ihren westlichen Herren gegenüber zu präsentieren. Sie haben eine Cyber-Kampagne gestartet, um Proteste zu vereinnahmen, Parolen zu fälschen, zu verzerren und umzudeuten – ein Zeichen für Hinterlist, monopolistische Macht, mediale Kontrolle und zugleich für das Fehlen materieller Macht innerhalb des Landes. Mit dem Slogan *Make Iran Great Again* begrüßen sie die imperialistischen Operationen Trumps in Venezuela und warten auf die Entführung von Spitzenvertretern der Islamischen Republik durch die „Retter-Ninjas“ aus Amerika und Israel.

Und dann gibt es noch linke Selbstdarstellerinnen oder sogenannte „Antiimperialistinnen“, die die Diktatur der Islamischen Republik mit dem Mantel antiimperialistischer Fantasie weißwaschen. Sie stellen die Legitimität der laufenden Proteste gegen die Islamische Republik infrage, indem sie behaupten, „die Aufstände seien unter den aktuellen Bedingungen nichts anderes als ein Spiel auf dem Feld des Imperialismus“, weil sie die Proteste lediglich im Kontext regionaler Konflikte und amerikanisch-israelischer Projekte sehen. Sie leugnen praktisch die Subjektivität des iranischen Volkes und verschaffen der Islamischen Republik durch diese Haltung sprachliche und politische Immunität für deren Tötungen und Unterdrückungen. „Wütend auf den Imperialismus“, aber „ängstlich vor der Revolution“ – ihre Position ist eine Form reaktionärer Anti-Reaktion. Sie fordern uns sogar auf, in der internationalen Kommunikation über die jüngsten Proteste, Morde und Repressionen nicht in einer anderen Sprache als Persisch zu berichten, aus Angst, den Imperialist*innen einen „Vorwand“ zu liefern – als gäbe es außerhalb der persischen Sprache kein Volk in der Region oder der Welt, das gemeinsam Schicksal, Erfahrung und Kampf verbinden könnte. Für sie existiert kein Subjekt außer den westlichen Staaten und geopolitischen Konflikten.

Im Gegensatz zu diesen Gegnern schreiben wir über die Rechtmäßigkeit der Proteste, über die Verwobenheit der Unterdrückungen und über das gemeinsame Schicksal der Kämpfe.

Die imperialistische Bedrohung des iranischen Volkes und die reale Gefahr ausländischer Intervention sind ebenso gegeben wie die sich ausbreitende monarchistische Reaktion innerhalb der extrem rechten iranischen Opposition. Gleichzeitig sind die Unzufriedenheit der Bevölkerung nach mehr als vier Jahrzehnten Unterdrückung, Ausbeutung und innerer Kolonialisierung durch die iranische Regierung sowie der Volksaufstand, der aus der Tiefe des sozialen Infernos das Leben und Überleben verteidigt, real. Wir haben keine andere Wahl, als uns diesen Widersprüchen zu stellen. Wir dürfen nicht, unter dem Vorwand äußerer Bedrohungen, die Gewalt gegen Millionen Menschen im Iran und ihr Recht auf Protest leugnen.

Diejenigen, die auf die Straße gehen, sind müde von abstrakten, vereinfachenden und bevormundenden Analysen. Sie kämpfen mitten in den Widersprüchen: Sie erleben Sanktionen und die Plünderung durch die innere Oligarchie. Sie fürchten den Krieg, aber auch die innere Diktatur. Doch sie verharren nicht in Angst; sie wollen aktive Subjekte in der Bestimmung ihres eigenen Schicksals sein, und ihr Ziel ist seit Dey 1396 nicht mehr bloß Reform, sondern der Sturz des gesamten Regimes.

3.

Die Proteste, deren Funke mit dem freien Fall des Rial zunächst von Klein- und Großhändlern in der Hauptstadt – insbesondere in Mobil- und Computergeschäften – entfacht wurde, erfassten schnell ein breites und heterogenes Spektrum und mobilisierten auch eine Reihe von Einzelhändlern, Lohnarbeitern, Straßenverkäuferinnen, Trägerinnen und Dienstleistungsarbeiter*innen. Im weiteren Verlauf breitete sich der Aufstand rasch von den Straßen Teherans auf mehrere Universitäten aus und griff plötzlich auf vorwiegend kleinere Städte über, die in den letzten Tagen zu den zentralen Brennpunkten der Auseinandersetzungen geworden sind.

Die Parolen richteten sich von Anfang an gegen das gesamte Regime. Das Voranschreiten des Aufstands hängt nun mehr denn je vom Willen der unteren Klassen, der Jugend, der Arbeitslosen, der überschüssigen Bevölkerung, instabil beschäftigter Arbeiter*innen und Studierender ab.

Einige haben die jüngsten Proteste naiv abgetan, weil sie im Basar begonnen haben, der oft als regierungsnah und Symbol des Handelskapitalismus gilt, und sie mit Etiketten wie „kleinbürgerlich“ oder „regierungsnah“ diskreditiert. Diese Skepsis erinnert an die anfänglichen Reaktionen auf die „Gelbwesten“-Bewegung in Frankreich (2018), bei der der Ursprung der Proteste außerhalb der traditionellen Arbeiterklasse und bekannter linker Netzwerke sowie die Beteiligung rechtsgerichteter Elemente oder inkonsistenter Parolen zu der vorschnellen Schlussfolgerung führten, der Aufstand werde zwangsläufig reaktionär verlaufen. Dabei bestimmt der Ausgangspunkt eines Aufstands weder sein Schicksal noch seinen Charakter. Der initiale Funke ist oft zufällig, und alles kann die unter der Asche schwelenden Flammen wieder entfachen. Andererseits kann jeder Aufstand im Verlauf einen Weg einschlagen, der deutlich von seinem Ausgangspunkt entfernt ist. In der Erfahrung des Dey 1396 begann ein Aufstand mit konservativen Kräften innerhalb des Systems und entwickelte sich schnell zu einem umfassenden Widerstand gegen das gesamte Regime. Auch bei den aktuellen Protesten griff der Funke aus dem Basar sehr schnell auf ärmere Stadtviertel in Teheran und andere Provinzen über, unter anderem durch den Beitritt der Arbeiter*innen auf dem Obst- und Gemüsemarkt Teherans zum Streik am fünften Tag.

Während das pulsierende Herz von „Jina, Jiyan, Azadi“ 1401 an den Rändern wie Kurdistan und Belutschistan schlug, sind heute kleinere Städte im Westen und Südwesten des Landes zu zentralen Brennpunkten geworden: in Hamadan, Lorestan, Kohgiluyeh und Boyer-Ahmad, Kermanshah und Ilam. Die Bevölkerung der Lur-, Bakhtiari- und Lak-Gebiete dieser Regionen ist unter der gleichzeitigen Last der multiplen Krisen der Islamischen Republik besonders gebeugt; zusätzlich zu den Sanktionen wirken der allgegenwärtige Schatten von Krieg, Repression und allgemeiner Ausbeutung, nationale Unterdrückung sowie die ökologische Verwüstung ihrer Umwelt, insbesondere im Zagros-Gebirge. Dies ist dieselbe geografische Region, in der Mudschahed Korkor (ein protestierender Lur) einen Tag vor dem israelischen Angriff durch die Islamische Republik hingerichtet wurde und Kian Pirflak, ein Kind, 1401 von Sicherheitskräften erschossen wurde.

Dennoch zeigt sich im Gegensatz zur Jina-Bewegung, die von Anfang an bewusst entlang von geschlechtlichen/ethnischen Spannungen wuchs, dass in den aktuellen Protesten die Klassenspalten stärker hervortreten und ihr Ausbreitungsmuster bislang eher massenlogisch verläuft.

Bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Zeilen (4. Januar 2025) wurden mindestens 17 Personen von den Sicherheitskräften der Islamischen Republik mit Kriegswaffen und Schrotflinten getötet, überwiegend Angehörige ethnischer Minderheiten wie Lur (insbesondere in Lorestan und Tschaharmahal und Bakhtiari) und Kurden (insbesondere in Ilam und Kermanshah). Hunderte wurden festgenommen (mindestens 580 Personen, davon 70 minderjährig) und dutzende verletzt. Mit dem Vordringen der Proteste nimmt auch die Polizeigewalt zu: Am siebten Protesttag stürmten Sicherheitskräfte in Ilam Krankenhäuser, um Verletzte festzunehmen, und in Birjand griffen sie das Wohnheim weiblicher Studierender an. Die Zahl der Todesopfer steigt mit der Intensivierung der Proteste weiter an, und die tatsächliche Zahl liegt vermutlich deutlich über den offiziell gemeldeten.

Die Verteilung der Gewalt ist jedoch ungleich: Die Repression ist in kleineren Städten, besonders in marginalisierten Regionen, intensiver. Die blutigen Massaker in Malekshahi (Ilam) oder Jafarabad (Kermanshah) belegen diese strukturellen Unterschiede in Unterdrückung und Repression. Am vierten Tag ordnete die Regierung koordiniert landesweite Schließungen in 23 Provinzen an, unter dem Vorwand von „Kälte“ oder „Energieknappheit“. Tatsächlich handelte es sich um einen Versuch, die Übertragungsketten der Proteste zwischen Basar, Universität und Straße zu unterbrechen. Gleichzeitig wurden Universitätskurse zunehmend online abgehalten, um horizontale Verbindungen zwischen den Widerstandsbereichen zu kappen.

4.

Die iranische Regierung hat, um die durch den zwölfjährigen Krieg erschütterte Autorität auszugleichen, noch stärker auf Gewalt zurückgegriffen. Die schweren Angriffe Israels auf iranische Militäreinrichtungen im Khordad 1404 (Juni 2025) haben das politische und soziale Umfeld weiter militarisiert und sicherheitsorientiert, insbesondere durch die Einleitung einer rassistischen Kampagne gegen afghanische Migrantinnen und iranische Staatsbürgerinnen afghanischer Herkunft. Während die Regierung zunehmend die „nationale Sicherheit“ betonte, wurde sie selbst zum zentralen Treiber wachsender Lebensunsicherheit – durch eine beispiellose Zunahme von Hinrichtungen, die Verschlechterung der Gefängnissituation und ökonomische Unsicherheit, die den Lebensstandard der Bevölkerung drastisch einschränkt.

Vom 24. Juni 2025, dem Ende des zwölfjährigen Krieges, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Protestfunken im Teheraner Mobil- und Computermarkt entzündet wurden, verlor der Rial etwa 40 Prozent seines Wertes. Dieser Absturz war kein „natürlicher“ Marktschwankung, sondern das Ergebnis gleichzeitiger Sanktionen und einer bewussten Übertragung der Krise von oben nach unten durch Manipulation des Wechselkurses durch die Islamische Republik. Der zwölfjährige Krieg verstärkte die Sanktionen der USA und der EU, aktivierte das Snapback-Verfahren des Sicherheitsrats, verschärfte den Druck auf Ölverkäufe,

Banken und den Finanzsektor und reduzierte die Devisen- und Staatseinnahmen erheblich – Kosten, die direkt von den unteren und mittleren Klassen getragen werden.

Sanktionen sind zweifellos zu verurteilen, führten jedoch in der heutigen iranischen Realität zu einer noch stärkeren Konzentration von Devisen in den Händen einer militärisch-sicherheitsstaatlichen Oligarchie, deren Profit im Fortbestehen der Sanktionen und in undurchsichtigen Ölgeschäften liegt. Devisen aus Exporten werden faktisch als Geiseln gehalten und nur in Ausnahmefällen zu manipulierten Kursen in die offizielle Wirtschaft zurückgeführt. Selbst in Phasen steigender Ölexporte fließt der Erlös hauptsächlich an halbstaatliche Institutionen und den „Parallelstaat“ (insbesondere die Revolutionsgarde) und kommt nicht im Alltag der Bevölkerung an.

Zugleich greift die Regierung, um Haushaltsdefizite aufgrund sinkender Einnahmen und der Nicht-Rückführung von Devisen auszugleichen, zu Kürzungen von Subventionen und zu Sparmaßnahmen. Der plötzliche Rial-Absturz dient in diesem Rahmen als Mittel, die zurückgehaltenen Devisen zurückzuführen und die sofortigen Finanzmittel der Regierung – selbst der größte Dollarbesitzer – zu erhöhen. Das Ergebnis ist eine direkte Extraktion von Ressourcen aus den Haushalten der unteren und mittleren Klassen und die Umleitung der Profite aus Sanktionen und Währungsrenten an eine kleine Elite; ein Prozess, der die Klassenspaltung, die wirtschaftliche Unsicherheit und den sozialen Zorn verstärkt. Der Absturz der Nationalwährung ist als organisierte staatliche Plünderung im Kontext einer kriegs- und sanktionierten Wirtschaft zu verstehen: die bewusste Manipulation des Wechselkurses zugunsten der spekulativen Netzwerke der herrschenden Oligarchie und zur Auffüllung der Staatskassen, die die neoliberale Preisfreigabe zu ihrem heiligen Dogma erhoben haben.

Während linke Selbstdarstellerinnen einseitig die Rolle der Sanktionen und die Hegemonie des Dollars betonen und die US-Sanktionen als alleinige Ursache der aktuellen Krise darstellen, ignorieren sie die Rolle der Regierung und der herrschenden Klasse bei der Reproduktion dieser Lage. Rechte „linke“ Kampistinnen, die oft den westlichen Imperialismus unterstützen, sehen ausschließlich die Islamische Republik als verantwortlich und verkennen die schädlichen Auswirkungen der Sanktionen.

Obwohl beide Gruppen Spiegelbilder voneinander sind und klare Interessen an diesen Positionen haben, ist es notwendig, auf die Verflechtung von lokalen und globalen Ausbeutungs- und Plünderungsprozessen hinzuweisen: Sanktionen tragen zwar erheblich zur Zerstörung des Lebens der Bevölkerung bei – vom Mangel an spezifischen Medikamenten über fehlende industrielle Ersatzteile bis hin zu steigender Arbeitslosigkeit und psychischer Belastung –, aber sie treffen ausschließlich die Bevölkerung und nicht die sicherheitsstaatlich-militärische Oligarchie, die über informelle Netzwerke für Währung und Öl enorme Reichtümer anhäuft.

5.

Auf den Straßen sind widersprüchliche Parolen zu hören: von der Abschaffung der Islamischen Republik bis hin zu nostalgischen Rufen nach der Monarchie; gleichzeitig richten Studierende ihre Parolen sowohl gegen die Diktatur der Islamischen Republik als auch gegen die Willkür der Monarchie.

Die Existenz von Parolen zugunsten des Schahs und der Rückkehr der Pahlavis ist sowohl Ausdruck realer Widersprüche als auch das Ergebnis der Verzerrung der Realität durch rechte Medien, allen voran Iran International, das zur Propagandaplattform für Zionismus und Monarchist*innen geworden ist und angeblich ein jährliches Budget von 250 Millionen Dollar von Akteuren und Institutionen nahe Saudi-Arabien und Israel erhält.

In den letzten zehn Jahren war die Geografie des Iran ein Schauplatz des Konflikts zwischen zwei unterschiedlichen politisch-sozialen Perspektiven, vermittelt durch zwei unterschiedliche Organisationsmuster gegen die Islamische Republik: Einerseits eine konkret soziale Organisation entlang der Achsen von Klassen-, Geschlechts-/Gender- und nationalen Konflikten, deren prominentestes Beispiel die Vernetzung der Kämpfe während des Jina-Aufstands 2022 war, die von den Gefängnissen in Evin bis in die Diaspora reichte und ein beispielloses Muster der Vereinigung vielfältiger sozialer Kräfte – von Frauen bis zu kurdischen und belutschischen ethnischen Minderheiten – gegen die Diktatur mit feministischen und antiimperialistischen Dimensionen schuf.

Andererseits existierte eine Art populistischer Mobilisierung unter dem Titel „nationale Revolution“, um eine homogene Masse von atomisierten Individuen über Satellitenschüsseln zu formen. Dieses Projekt, unterstützt von Israel und Saudi-Arabien, versucht, einen Körper zu schaffen, dessen „Kopf“ – der Sohn des abgesetzten Schahs – später von außen durch militärische Intervention eingefügt wird. Die Monarchist*innen haben mithilfe großer Medien in den letzten zehn Jahren die öffentliche Meinung in Richtung extremen und rassistischen Nationalismus gelenkt und sind selbst zu einem der Hauptfaktoren für die Vertiefung ethnischer/nationaler Spaltungen und die Divergenz politischer Vorstellungen der Bevölkerung im Iran geworden.

Das Wachstum dieser Strömung in den letzten Jahren ist nicht Zeichen der Rückständigkeit der Bevölkerung, sondern Ergebnis fehlender linker Organisationen und schwacher Medien, die eine alternative antihegemoniale Erzählung hätten schaffen können – ein Mangel, der teilweise aus Unterdrückung und Zensur resultiert und diesem reaktionären Populismus Raum gegeben hat. In Abwesenheit einer starken, linken, demokratischen und nicht-nationalistischen Erzählung können selbst universelle Parolen und Ideale wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Frauenrechte leicht von Monarchist*innen vereinnahmt und in einer scheinbar progressiven Verpackung, die einen autoritären Kern verbirgt (teilweise mit sozialistisch klingender Rhetorik), an die Bevölkerung verkauft werden. Genau hier verschlingt die Rechte auch das Terrain der politischen Ökonomie.

Parallel zur Zuspitzung der Spannungen mit der Islamischen Republik haben sich auch die Spannungen zwischen diesen beiden Perspektiven und Mustern verschärft, und heute ist die Kluft zwischen ihnen deutlich in der geographischen Verteilung der Protestparolen erkennbar.

Da das „Pahlavi-Rückkehr“-Projekt eine patriarchale, auf ethnisch-farsischem Nationalismus basierende und stark rechtsgerichtete Perspektive repräsentiert, fehlen in Gebieten, in denen sich Arbeits- und feministische Netzwerke vor Ort entwickelt haben – in Universitäten und in kurdischen, arabischen, belutschischen, turkmenischen, arabischen und türkischen Regionen – Parolen zugunsten der Monarchie weitgehend und stoßen

meist auf negative Reaktionen. Dieser Widerspruch hat dazu geführt, dass der jüngste Aufstand mit Boykotten und verschiedenen Fehlinterpretationen konfrontiert ist.

6.

Die politische Landschaft Irans befindet sich in einem entscheidenden Moment. Die Islamische Republik steht in einer der schwächsten Phasen ihrer Geschichte – sowohl aufgrund der anhaltenden innerstaatlichen Aufstände als auch auf internationaler Ebene, insbesondere nach Oktober und der Schwächung der sogenannten „Achse des Widerstands“. Die Zukunft dieses Aufstands bleibt ungewiss, doch die Intensität der Unzufriedenheit ist so groß, dass jederzeit eine neue Protestwelle entstehen kann. Selbst wenn die heutigen Proteste unterdrückt werden, werden sie zurückkehren. In dieser Situation schwächt jede Form militärischer oder imperialistischer Intervention den laufenden Widerstand und öffnet der Islamischen Republik die Hände für noch stärkere Repression.

In den letzten zehn Jahren hat die iranische Gesellschaft politisches kollektives Handeln von unten neu erschaffen: von Belutschistan und Kurdistan im Jina-Aufstand bis zu kleineren Städten in Lorestan und Isfahan in der aktuellen Protestwelle, von landesweiten Streiks von Lehrerinnen und Arbeiterinnen bis zu Demonstrationen von Pflegekräften und Rentner*innen. Politisches Engagement hat sich in Abwesenheit jeglicher offizieller Repräsentanz nach unten in die Straßen, zu Streikkomitees und lokalen, informellen Netzwerken verlagert. Diese Aktivitäten und Verbindungen werden zwar mit äußerster Gewalt unterdrückt, leben jedoch im Herzen der Gesellschaft weiter, und ihre Fähigkeit zur Rückkehr, um politische Macht zu gestalten, besteht jederzeit. Doch was ihre Kontinuität und Ausrichtung bestimmt, ist nicht nur der angesammelte Zorn, sondern die Möglichkeit, einen unabhängigen und alternativen politischen Horizont zu schaffen.

Dieser Horizont ist jedoch zwei parallelen Bedrohungen ausgesetzt: Einerseits besteht die Gefahr der Vereinnahmung oder Marginalisierung durch rechtsgerichtete Exilkräfte, die das Leid der Bevölkerung instrumental nutzen, um Sanktionen, Krieg oder militärische Intervention zu rechtfertigen. Andererseits versuchen Teile der herrschenden Klasse – sowohl aus den militärisch-sicherheitsstaatlichen Reihen als auch aus dem Reformflügel – sich heimlich als „rationalere“, „kostengünstigere“ und „verlässlichere“ Alternative dem Westen anzubieten: eine innerhalb der Islamischen Republik entstandene Alternative, nicht um die Herrschaftsstruktur zu brechen, sondern um sie in anderer Form neu zu ordnen (ähnlich dem, was Trump in Venezuela verfolgte: einen Teil der Regierung zur Unterordnung bringen, ohne die Machtstruktur grundlegend zu verändern). Dies ist eine kalte Berechnung zur Krisenbewältigung, zur Kontrolle sozialen Zorns, zur Anpassung an globale Mächte und letztlich zur Sicherung einer Ordnung, in der die Bevölkerung von der Bestimmung ihres Schicksals ausgeschlossen bleibt.

Im Gegensatz zu diesen beiden Strömungen ist die Wiederbelebung einer befreienden, internationalistischen Politik historisch dringender denn je. Dieser politische Horizont ist nicht nur ein abstrakter „dritter Weg“, sondern der Versuch, die Kämpfe der Bevölkerung ins Zentrum von Analyse und Handlung zu stellen: die Organisierung von unten anstelle von von oben diktierten Szenarien durch selbsternannte Führer*innen und anstelle von Opposition von außen. Internationalismus bedeutet heute, sowohl das Recht auf

Selbstbestimmung der Menschen zu verstehen als auch verpflichtet zu sein, gegen alle Formen von Herrschaft zu kämpfen – sei es von innen oder von außen. Ein solcher Block muss, um über Allgemeinplätze hinauszugehen, auf gelebten Erfahrungen, konkreten Solidaritäten und dem Aufbau unabhängiger Kapazitäten basieren.

Dies erfordert die aktive Beteiligung linker, feministischer, anticolonialer und demokratischer Kräfte für eine umfassende klassenbasierte Organisation innerhalb der Protestwelle – um das Leben zurückzugewinnen und alternative Horizonte der sozialen Reproduktion zu schaffen. Gleichzeitig muss diese Organisation sich entlang des befreienden Horizonts früherer Kämpfe positionieren, insbesondere der „Jina, Jiyan, Azadi“-Bewegung. Diese Bewegung durchzog 2022 die iranische Geografie und birgt nach wie vor ein befreiendes Potenzial, um gleichzeitig die Diskurse der Islamischen Republik, der *Monarchistinnen und der Revolutionsgarden oder früherer Reformistinnen*, die nun von einem kontrollierten Übergang aus der Islamischen Republik und der Integration in die Akkumulationszyklen der USA und Israels in der Region träumen, zu neutralisieren.

Heute ist insbesondere für die iranische Diaspora ein sensibler und entscheidender Moment erreicht: ein Zeitpunkt, der eine Rolle bei der Neudefinition einer befreienden Politik spielen kann oder – im Gegenteil – durch die Reproduktion des veralteten Dualismus „interne Diktatur“ versus „ausländische Intervention“ die politische Blockade fortsetzt. In diesem Kontext ist es notwendig, dass aktive Diaspora-Kräfte Schritte zur Bildung eines echten internationalistischen politischen Blocks unternehmen, der gleichzeitig eine klare Abgrenzung gegenüber innerstaatlicher Tyrannei und imperialistischer Dominanz vornimmt. Dieser Ansatz verbindet den Schutz antiimperialistischer Widerstandsformen mit einer klaren Positionierung gegen die Islamische Republik und verzichtet auf jede Rechtfertigung von Repression im Namen des Kampfes gegen äußere Feinde.